

„Sie spielt mit unseren Leben“

Hunderten Afghanen hat die Bundesregierung die Aufnahmezusage entzogen – Betroffene sind verzweifelt

VON CAN MEREY

BERLIN. Elham war Staatsanwalt in Kabul und hat nach seinen Worten einst Angehörige der Taliban, des Terrornetzes Al-Kaida und der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) ins Gefängnis gebracht. Weil er von den deutschen Behörden nach der erneuten Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im August 2021 als besonders gefährdet eingestuft wurde, sagte ihm die Bundesregierung die Aufnahme in Deutschland zu. Der 34-Jährige, seine drei kleinen Kinder und seine Ehefrau gehören zu den mehr als 600 Afghanen, deren Aufnahmezusagen Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) einkassiert hat – und die nun um ihre Sicherheit fürchten. Pakistan droht ihnen zum Jahresende mit der Ausweisung zurück nach Afghanistan.

„Die Taliban werden mich sofort töten, wenn ich nach Afghanistan zurückkehre“, sagt Elham, der aus Angst vor Konsequenzen wie alle afghanischen Gesprächspartner in diesem Artikel nicht seinen echten Namen veröffentlicht sehen will. Der Jurist bekam 2023 die Aufnahmezusage, seitdem wartet er auf die Ausreise. Elham sagt, er hätte nach Italien oder Russland gehen können, habe diese Chancen aber im Vertrauen auf die deutsche Zusage nicht wahrgenommen.

Ein Vater ohne Antworten

Jetzt harrt er mit seiner Familie in einem Gästehaus in der pakistanischen Grenzstadt Peshawar aus. Während des Telefonats weint sein einjähriger Sohn im Hintergrund. „Meine Kinder fragen mich immer, wann fliegt unser Flugzeug nach Deutschland“, sagt Elham. „Bislang habe ich immer ‚bald‘ geantwortet. Jetzt weiß ich nicht mehr, was ich ihnen sagen soll.“

Dobrindts Ministerium hat die Rücknahme der Zusagen damit begründet, dass „kein politisches Interesse zur Aufnahme mehr vorliegt“. Die Bundesregierung bestreitet nicht, dass ihnen die Aufnahme zugesagt wurde. Sie hält diese Zusagen aber rechtlich nicht für bindend – anders als die der meisten anderen Afghanen, die zuletzt noch nach Deutschland einreisen durften (und deren Zusagen in der Regel auf einer anderen rechtlichen Grundlage erteilt wurden).

„Sehenden Auges liefert die deutsche Regierung Menschen



Im Stich gelassen: Afghanische Flüchtlinge am pakistanisch-afghanischen Grenzübergang Torkham.

FOTO: IMAGO/XINHUA/AIMAL ZAHIR

in Not den Taliban aus“, sagt die Leiterin der Öffentlichkeitsabteilung bei der Hilfsorganisation Medico International, Anita Starosta, dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU), Dobrindt und ihre Parteikollegen aus der Union „machen sich zu Helfern der Taliban, während die SPD keinen sozialdemokratischen Anstand zu haben scheint, etwas dagegen zu unternehmen“. Starosta nennt das Verhalten „beschämend“.



Innenminister Alexander Dobrindt (CSU): Es gibt „kein politisches Interesse“ mehr an der Aufnahme der Afghanen, heißt es aus seinem Ministerium.

FOTO: IMAGO/DTS

„Es hat mir das Herz gebrochen“

Weil die alte und die neue Bundesregierung die Aufnahmeverfahren über lange Zeit verschleppt haben, ist den pakistanischen Behörden die Geduld ausgegangen. Sie haben Deutschland bis zum Jahresende Zeit gegeben, den Prozess abzuwickeln – dann sollen die Betroffenen abgeschoben werden.

„Seit Anfang Dezember kommt die pakistanische Polizei jeden Tag zu unserem Gästehaus“, sagt Ahmad (32), der für eine Menschenrechtsorganisation im Pandschir-Tal gearbeitet hat. Die Leitung des Gästehauses in Peshawar habe ihnen den Aufenthalt nur bis Monatsende zugesagt. Die deutschen Behörden beantworteten seine E-Mails nicht. Er habe nicht einmal die Reisepässe seiner Familie, weil diese bei der deutschen Botschaft in Islamabad lägen, sagt Ahmad. „Es ist das erste Mal in meinem Leben, dass ich nicht mehr weiterweiß.“

Schlaflose Nächte hat seit der Rücknahme der Aufnahmezusage auch Mahdi (29), der in Herat für eine Frauenrechtsorganisation gearbeitet hat. „Es hat mir das Herz gebrochen“, sagt er. „Ich habe der Bundesregierung

vertraut. Sie hat durch die Erteilung von Aufnahmezusagen und die anschließende Ablehnung unserer Fälle – nachdem sie uns zwei bis drei Jahre in Ungewissheit gelassen hatte – unsere Menschenrechte verletzt.“



Sehenden Auges liefert die deutsche Regierung Menschen in Not den Taliban aus.

Anita Starosta, Leiterin der Öffentlichkeitsabteilung bei der Hilfsorganisation Medico International

Das sieht die Journalistin Sara (die aus Angst auch ihr Alter nicht veröffentlicht sehen möchte) ähnlich. Sie bricht am Telefon in Tränen aus, anschließend schreibt sie eine lange Nachricht. „Die Aufhebung meiner Aufnahme durch das Innenministerium erfolgte ausschließlich aus politischen Interessen“, kritisiert sie. „Mit dieser Aufhebung

opfert das Innenministerium unschuldige Menschen für politische Zwecke.“ Sara sagt, die Taliban hätten sie festgenommen und gefoltert, bevor sie nach Pakistan geflohen sei. „Sollte ich zurückgeschickt werden, wäre mein Leben in Gefahr.“

„Es ist eine furchtbare Situation“

Die Frauenrechtlerin Ariana (25) gehört zu jenen Afghaninnen und Afghanen, die bereits im August nach Afghanistan abgeschoben wurden. Seitdem sitzt sie mit ihrer Familie in einem Gästehaus in Kabul, das sie sich kaum zu verlassen traut. „Es ist eine furchtbare Situation“, sagt sie. Das Verhalten der Bundesregierung erinnere sie an das der Taliban, die nach ihrer Rückkehr an die Macht auch leere Versprechen gemacht hätten.

Auch die Bekenntnisse der Bundesregierung zu Menschenrechten seien angesichts des Wortbruchs nicht viel wert, meint Ariana. „Ich hätte nie gedacht, dass die mächtige deutsche Regierung ihre Versprechen brechen würde.“ Die Betroffenen seien sich in ihrem Urteil über die Bundesregierung einig: „Sie spielt mit unseren Leben.“

Tote nach Luftschlägen in der Ukraine

VON ANSGAR HAASE

KIEW. Bei neuen russischen Luftangriffen sind in der Ukraine nach Angaben von Präsident Wolodymyr Selenskyj mindestens drei Menschen getötet worden. Im Gebiet Schytomyr westlich der Hauptstadt Kiew sei ein vier Jahre altes Kind ums Leben gekommen, als eine Drohne ein Wohnhaus getroffen habe, teilte Selenskyj in den sozialen Netzwerken mit. In der Region Kiew und im Gebiet Chmelnyzkyj starben jeweils ein Mensch.

Russland habe insgesamt 650 Drohnen eingesetzt und mehr als drei Dutzend Raketen und Marschflugkörper. Die Flugabwehr habe viele Flugkörper abgeschossen, aber es habe auch Einschläge gegeben, teilte der Präsident mit. „Die Schläge kommen vor Weihnachten, wenn die Menschen zu Hause mit ihren Familien in Sicherheit zusammen sein wollen“, sagte Selenskyj. Kremlchef Wladimir Putin zeige mit diesen Schlägen, dass er mit dem Töten nicht aufhören könne, sagte Selenskyj. Die Welt müsse mehr Druck ausüben auf Russland, den Krieg zu beenden.

Die russischen Angriffe richten sich vor allem gegen die Energieinfrastruktur des Landes. Das russische Verteidigungsministerium sprach von einer Vergeltungsaktion für die täglichen ukrainischen Drohnenangriffe. Kiew wehrt sich mit diesen Attacken im russischen Hinterland gegen den Angriffskrieg.

Russland übt mit diesen schweren Angriffen in der kalten Jahreszeit zusätzlichen Druck auf die Ukraine aus, sich in den laufenden Verhandlungen über eine Beendigung des Angriffskrieges auf Moskaus Bedingungen für eine Waffenruhe einzulassen. Bei den Gesprächen zwischen Ukrainern und Amerikanern einerseits sowie russischen und US-Vertretern andererseits über ein mögliches Kriegsende ist bisher keine Einigung in Sicht.

Verurteilter Straftäter nach Syrien abgeschoben

Erste Rückführung seit Bürgerkriegsbeginn – 37-Jähriger wurde per Linienflug in sein Heimatland gebracht

VON CHRISTINE CORNELIUS

BERLIN. Erstmals seit Beginn des syrischen Bürgerkriegs hat Deutschland einen verurteilten Straftäter nach Syrien abgeschoben. Er sei am Vormittag den Behörden in Damaskus übergeben worden, teilte das Bundesinnenministerium mit. Der Mann habe in Nordrhein-Westfalen eine Haftstrafe wegen besonders schweren Raubes, Körperverletzung und Erpressung verbüßt.

Am Morgen war bereits ein Straftäter nach Afghanistan abgeschoben worden. Er hatte in Bayern den Angaben nach unter anderem wegen vorsätzlicher Körperverletzung im Gefängnis gesessen. Es war nach Ministeriumsangaben

die zweite Abschiebung eines afghanischen Straftäters innerhalb einer Woche. „Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan müssen möglich sein. Unsere Gesellschaft hat ein berechtigtes Interesse daran, dass Straftäter unser Land verlassen. Wir stehen für Kontrolle, Konsequenz und klare Kante“, erklärte Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU).

Auf die Abschiebung auch nach Syrien hatten sich Union und SPD im Koalitionsvertrag verständigt. Dort heißt es: „Nach Afghanistan und Syrien werden wir abschieben – beginnend mit Straftätern und Gefährdern.“

Der nun abgeschobene Mann lebte in Gelsenkirchen,

wie die Stadt mitteilte. Der heute 37-Jährige sei 2015 eingereist, seine Aufenthalts-erlaubnis sei zunächst fortlaufend verlängert worden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) habe später ein Widerrufs- und Rücknahmeverfahren des zuvor erteilten Schutzstatus durchgeführt. Deswegen und wegen der strafrechtlichen Vergehen des Mannes habe die Ausländerbehörde Gelsenkirchen schließlich „die weitere Verlängerung der Aufenthalts-erlaubnis abgelehnt und unter Aufforderung zur Ausreise die Abschiebung in das Herkunftsland Syrien angedroht“, hieß es. Der Aufforderung kam der Mann nicht nach. Nach dpa-Informationen erfolgte

die Abschiebung per Linienflug.

Das Bundesinnenministerium habe in den vergangenen

Monaten sowohl mit der syrischen Regierung als auch mit Vertretern der Verantwortlichen in Afghanistan Gesprä-



Abschiebung per Linienflug: Auf Ausweisungen auch nach Syrien hatten sich Union und SPD verständigt.

FOTO: JULIAN STRATENSCHULTE/DPA